



**Gemeinde- und
Städtebund
Rheinland-Pfalz**

Fragen und Antworten

rund um die Jagdgenossenschaft



1. WILDSCHADENSERSATZ



Grundlagen

- Gesetzliche Haftung der Jagdgenossenschaft
- Vertragliche Haftung des Jagdpächters
- „Deckelung“ im Jagdpachtvertrag
- Keine Vertragsklauseln zu Lasten Dritter



Problematik „Deckelung“

- Risikoverlagerung auf Jagdgenossenschaft, Risikobegrenzung für Jagdpächter
- Jagdpächter verliert finanziellen Anreiz
- Verfahrensbeteiligte im behördlichen Wildschadensverfahren
- Umlagenerhebung von den Jagdgenossen



Auswirkungen auf die Gemeinde

- **Gemeinschaftlicher Jagdbezirk:**
Umlagepflicht als Jagdgenosse
 - Hintergrund: Verzicht auf kommunalen Eigenjagdbezirk (Wald)
 - Bis auf Widerruf
- **Eigenjagdbezirk:** Haftung für angegliederte Flächen



Lösungsansätze im Jagdpachtvertrag

- Finanzielle Beteiligung der Jagdgenossenschaft an Schutzmaßnahmen
- Sonderkündigungsrecht des Jagdpächters (Schadensschwelle)
- Reduktion des Pachtpreises (Schadensschwelle)
- Anteilige Haftung der Jagdgenossenschaft (Schadensschwelle)



Weitergehende Lösungsansätze

- Gesetzliche Neuregelung:
Energiepflanzenanbauten als
Sonderkulturen
- Eigenbewirtschaftung der Jagd
- Regelungen in Landpachtverträgen



2. REINERTRAG DER JAGDGENOSSENSCHAFT



Grundlagen

- Begriff „Reinertrag“
- Abgrenzung zur „Rücklage“
- Gesetzlicher Anspruch des einzelnen Jagdgenossen
- Zwei Möglichkeiten:
 - Auskehrung (anteilige Verteilung)
 - Anderweitige Verwendung



Auskehrung

- Rückwirkend für das abgelaufene Jagdjahr
- Anteil an der bejagbaren Fläche, ohne Wertdifferenzierung
- Bezug „gemeinschaftlicher Jagdbezirk“, nicht einzelne Jagdbögen



Anderweitige Verwendung

- Freie Entscheidung über Verwendungszweck (Wirtschaftswege)
- Auskehrungsanspruch des nicht zustimmenden Jagdgenossen
- Ausschlussfrist; Verlust des Anspruchs
- Beiträge für Wirtschaftswege nach § 11 KAG



3. ABSTIMMUNG IN DER JAGDGENOSSENSCHAFT



Grundlagen

- Grundsatz der **doppelten Mehrheit**
(Stimmenmehrheit – Flächenmehrheit)
- Mehrheit der anwesenden und vertretenen Mitglieder
- Enthaltung = „Nein-Stimme“
- Keine Mindestvorgabe zu Beschlussfähigkeit der Versammlung!



Auswirkungen in der Praxis

- Jagdkataster unverzichtbar zur Feststellung der Beschlusslage (Flächenverhältnisse)
- Vertretung der Gemeinde durch den Bürgermeister
- Gemeinde vielfach größter Jagdgenosse (Gemeindewald etc.) mit entsprechender „Flächenstimme“:
„Kein Beschluss gegen die Gemeinde“



4. ABSCHUSSREGELUNG



Grundlagen

Formen der Abschussregelung:

- Abschussvereinbarung
- Gesamt-/
Teilabschussplan
- Behördlicher
Mindestabschussplan

Zuständigkeit:

- Jagdgenossenschaft -
Jagdpächter
- Hegegemeinschaft –
Jagdgenossenschaft
- Untere Jagdbehörde
(Kreisverwaltung)



Abschussvereinbarung

- Verhandlungen auf Augenhöhe
- Verhandlungsposition „Verpächter“
- Einschl. Regelung des Schwarzwildabschlusses
- Hilfsmittel:
 - Vorjahresstrecken
 - Wildschadenssituation
 - Revierbegehung
- **Kontrolle und ggf. Sanktionierung**



Schwarzwild-Abschuss

- Verpflichtende Regelung
- **Vereinbarung von konkreten Abschusszahlen !**
- **Beteiligung an revierübergreifenden Jagden !**
- Handlungsprogramm „Schwarzwild“ (13-Punkte-Programm)



Hegegemeinschaften

- Selbstverständnis Hegegemeinschaften?
- **Mitwirkungsrechte** in den Hegegemeinschaften **nutzen!**
- Vorgelegte Teilabschlusspläne **bedürfen der Zustimmung** der Jagdgenossenschaft, **sorgfältig prüfen!**



Mindestabschussplan

- Festlegung durch untere Jagdbehörde
 - Scheitern der Abschussregelung
 - Erhebliche Wildschäden
- Verpflichtung zum körperlichen Nachweis (gegenüber Jagdbehörde!)
- Nichterfüllung des festgesetzten Mindestabschusses ordnungswidrig (ggf. Bußgeld)



Fachbeirat „Forst und Jagd“

- Neues Gremium des Gemeinde- und Städtebundes und des Städtetages
- Hilfestellung bei der Umsetzung der jagdrechtlichen Verpflichtungen und Verantwortungen
- Erfreuliche landesweite Resonanz!



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!